

critica

Zeitung von Die Linke.SDS
(Sozialistisch-Demokratischer
Studierendenverband)
Ausgabe Nr. 20 / 2018



Zukunft in Sicht

Von der neoliberalen Alternativlosigkeit
zu konkreten politischen Kämpfen **S.2-3**

GroKo alternativlos?

Zur Politik der neuen
alten Bundesregierung **S.4**

1968

Mit alten Büchern in
neue Kämpfe **S.8-9**

Antimilitarismus

Über Drohnenkrieg und die
europäische Aufrüstung **S.12-13**

Liebe Leserin,
lieber Leser,

dieses Mal hat sich die critica-Redaktion zusammen mit Steuermann Karl Marx auf die Suche nach neuen utopischen Ufern gemacht. Wie wir von der scheinbar alternativlosen „GroKo-Einöde“ zu einem besseren Leben für alle kommen, überlegt sich Danilo (S.2/3). Auf der Seite 5 findet ebenfalls eine Suche statt – nicht nach Ostereiern – sondern nach den verschwundenen Lohnerhöhungen der studentisch Beschäftigten in Berlin. Im Mittelteil dieser Ausgabe findet ihr eine Übersicht über Bücher, die von der berühmt-berüchtigt gewordenen Studierendenbewegung der 68er gelesen wurden und die sie teilweise zur Rebellion inspirierten. Tabea nimmt das Ende des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren zum Anlass, um zu schauen, wo die Kriegstechnologie seitdem und jetzt weiterentwickelt wird – klar, an eurem Lieblingsort, der Uni (S.12)! Wenn man davon häufig auch nichts mitbekommt, so erleben wir doch fast täglich den Druck, der durch Prüfungen und Deadlines an der Uni auf uns wirkt. Über psychische Folgen des Leistungsdrucks schreibt Artur auf Seite 6. In ihrem Artikel „Sex nur mit Deutschen“ beschreibt Daphne das reaktionäre und rassistische Frauenbild der Identitären Bewegung.

Weil 16 Seiten nicht reichen, um die Vielfalt und Widersprüchlichkeit der Gesellschaft zu thematisieren, gibt es die critica auch online. Auf der neuen Homepage von Die LINKE. SDS findet ihr weitere spannende Artikel: www.linke-sds.org/critica. Wem das noch nicht genug ist, kann bei unserer befreundeten Zeitung, der Freiheitsliebe weiter lesen: www.diefreiheitsliebe.de.

MACHT MIT!

...und werde critica-RedakteurIn. Eine Mail an info@linke-sds.org genügt hierzu. So einfach ist das!

Impressum

critica: Semesterzeitung von Die Linke.SDS Nr.20/2018, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Redaktion: Anna Lindner, Artur Brückmann, Benjamin Roth, Bettina Gutperl, Danilo Streller, Daphne Weber, Dorian Tigges, Friederike Benda, Hana, Rhonda Koch, Tabea Hartig, Tilman von Berlepsch

Layout: Maik Brückner

Illustrationen: Pia Chwalczyk

Cover: Pia Chwalczyk

Druck: Nordost-Druck, Flurstraße 2, 17034 Neubrandenburg

VisdP: Bettina Gutperl, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Anzeigen und Bestellungen:

info@critica-online.de

www.critica-online.de

Wo geht's hier zur Utopie?

Die neoliberale Politik der GroKo ist nicht alternativlos, meint **Danilo Streller**. Utopien können ein Kompass für unsere politischen Kämpfe sein. Karl Marx liefert zahlreiche Ansätze, das Mögliche neu zu vermessen.

Endlich! Mit der Fortsetzung der Großen Koalition von CDU/CSU und SPD haben wir endlich wieder eine Regierung, die uns totverwaltet. Hinter der Fassade der hohlen Sprüche bleibt alles beim Alten. Die Aufrüstung geht weiter, die Abschiebungen gehen weiter, das Säbelrasseln der NATO geht weiter. Die „Schwarze Null“ im Haushalt wird zum Anker dieser längst verbrauchten Pseudo-Alternativlosigkeit neoliberaler Politik. Ob der Finanzminister nun Schäuble oder Scholz heißt: Politik betreiben sie im Interesse von Banken und Konzernen. Sie bleiben austauschbare „Charaktermasken“, wie Rudi Dutschke 1967 über Kurt Georg Kiesinger (CDU) und Willy Brandt (SPD) als Vertreter der damaligen Großen Koalition urteilte.

Unser Widerstand macht den Unterschied

2018 ist ein gutes Jahr, um über Utopien zu reden: Da wären unter anderem der 200. Geburtstag von Karl Marx, der 100. Jahrestag der deutschen Novemberrevolution 1918 und das 50. Jubiläum der Studierendenproteste von 1968. Der revolutionäre Denker Karl Marx analysierte sehr genau die emanzipatorischen Bewegungen und Kämpfe seiner Zeit.

Er begründete das Massenelend und die Ausbeutung der IndustriearbeiterInnen als Klasse und dachte auch das Verhältnis von Ökonomie und Politik völlig neu.

Aus dieser Tradition wollen wir einen Blick in die Zukunft wagen: auf eine näher zu bestimmende solidarische Gesellschaft, in der der Aufstieg der Rechten in Deutschland, Europa und der Welt gestoppt und der elende Normalzustand neoliberaler Herrschaft nicht länger konserviert, sondern beendet wird. Wie können wir die Marx'schen Kategorien für heute nutzbar machen?

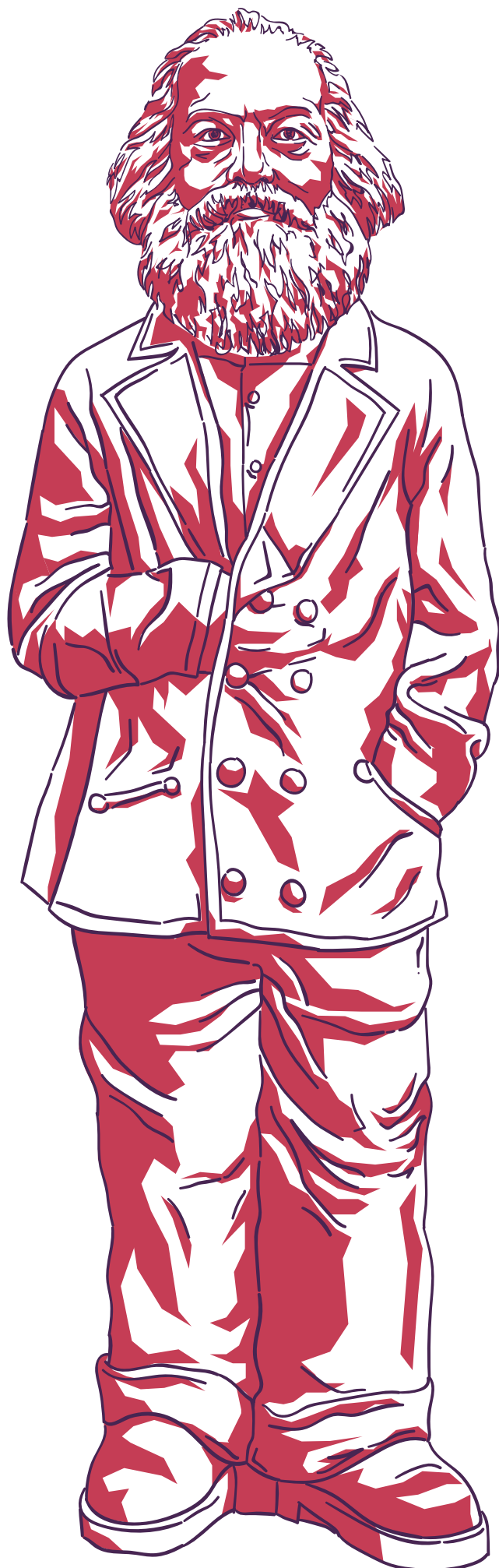
Wirklichkeit im Nebel

Wie kann sich etwas Neues, etwas Anderes Bahn brechen, in einer Zeit, in der wir selten über das Negative der Empörung hinauskommen? Eine Zeit, in der wir mühevoll um einen positiven Gegenentwurf ringen und dieser trotzdem oft unscharf bleibt. Ist da noch Raum für Utopie? Der linke Denker Ernst Bloch versuchte sich dem Begriff anzunähern und ihn systematisch zu bestimmen. Das Menschsein produziere über das materielle Dasein hinaus einen „Überschuss“, welcher subjektiv als „Tagtraum“ erscheine. Blochs Philosophie betont das „Noch-Nicht“ der Wirklichkeit – eine konkrete Utopie,

die im Jetzt angelegt ist und die es noch zu realisieren gilt. Wie lässt sich nun das Notwendig-Mögliche bestimmen und in eine kollektive Praxis der Vielen überführen?

Im Frühjahr 1968, auf dem Höhepunkt der Studierendenproteste, sprach Bloch mit Rudi Dutschke über die Frage von Gewalt und Utopie. Bloch meinte: „Was am meisten auffällt und was eine Schwäche hinsichtlich der studentischen Bewegung notwendig in sich permanent darstellt, das ist etwas sehr Merkwürdiges: nämlich die geringe Klarheit und Sichtbarkeit oder gar Plastik dessen, wofür und wozu man kämpft. Das Negative ist sichtbar. [...] Man kann [aber] nicht unzufrieden sein, wenn man nicht ein Maß hat, an dem man das misst, was einem zugemutet wird, wonach man es als unzureichend betrachtet.“ Dass die Wirklichkeit noch im Nebel liege, diene den Herrschenden und widerspreche dem Interesse der Studierenden als Unterdrückte. Er schließt an Marx an, indem er sagt: „Der Gedanke kann nur dann zur Wirklichkeit dringen, wenn die Wirklichkeit zum Gedanken drängt.“

In den Widersprüchen der heutigen Gesellschaft und auch in den Protesten dagegen sei das Neue bereits angelegt und VertreterInnen einer „konkreten Utopie“ sollten laut Bloch in einem Bündnis stehen „mit dem,



was in der Gesellschaft und sogar in der Natur vorgeht“. Das heißt für uns praktisch: Die gesellschaftliche Linke muss in die reale Lebensrealität der Menschen eingreifen. Linke Politik darf nützlich sein, Spaß machen und auch mal Sand ins Getriebe streuen. Mit Aufklärung und Aktion geht es darum, sich gemeinsam die eigene Lage bewusst zu machen. Nur die eigene Involviertheit in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen kann Menschen nachhaltig organisieren.

Seit der Veröffentlichung von Thomas Morus' *UTOPIA* 1516 geht von diesem Begriff etwas Unbestimmtes aus. Bleibt die Utopie eine nicht realisierbare Vision einer besseren Welt, bekommt sie einen eher jenseitigen Charakter. Dann erscheint sie höchstens noch als Gedankenspiel faszinierend und provoziert maximal ein „Warum nicht?“, statt sich wirklich gegen Herrschaft und Ausbeutung zu wenden. Auch in der Alltagssprache hat Utopie einen negativen Beigeschmack und wird oft mit Naivität in Zusammenhang gebracht. Gelingt uns hingegen die genauere Bestimmung eines Abstrakten, das wir alle für wünschenswert halten, dann kann Utopie wie ein Kompass unser Handeln leiten und Hoffnung stiften. Für eine solche konkrete Utopie gibt uns Marx Analysewerkzeuge an die Hand, mit denen wir das Mögliche vermessen können, indem wir radikal an die Wurzel gehen.

Nichts ist alternativlos!

Heute erleben wir das enorme Potential technischer Entwicklung – bekannter unter dem Modewort „Digitalisierung“. Den ökonomischen Fortschritt dahinter fasste Marx als Entwicklung der Produktivkräfte: trotz weniger ArbeiterInnen und weniger Arbeitszeit kann mehr produziert werden. Wie wird dieses Mehr verteilt? Die Tendenz unserer Zeit ist, dass Unternehmen immer höhere Profite abwerfen, Marktmacht aufbauen, ihre Konkurrenz verdrängen und Arbeit „wegrationalisieren“ oder „flexibilisieren“. Möglich wäre aber auch eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit, beispielsweise auf wöchentlich 20 Stunden, bei vollem Lohnausgleich. Warum muss der technische Fortschritt in den Weltuntergang, in den Drohnenkrieg, in die in Literatur und Fernsehen so beliebten Dystopien führen – und nicht zu einem besseren Leben für alle? Nichts ist alternativlos!

Illustration: Pia Chwalczyk

In den Krankenhäusern kämpfen die Beschäftigten seit längerer Zeit um eine Aufwertung ihrer Berufe und eine Entlastung durch mehr KollegInnen. Marx würde einwerfen: Die Reproduktion der Arbeitskraft ist eine notwendige gesellschaftliche Voraussetzung für die Produktion in

der Fabrik. Zur sogenannten Reproduktionsarbeit gehören nicht nur die Fortpflanzung und Kindererziehung, sondern auch der Bildungs- und Gesundheitssektor, selbst die Altenpflege oder Gebäudereinigung im weiteren Sinne. Dabei sprechen wir noch gar nicht über die geschlechtsspezifisch ungleiche Verteilung unbezahlter Sorgearbeit, beispielsweise in der Familie oder im Haushalt, die einen beachtlichen Teil der Lebenszeit von Frauen einnimmt. Wenn also die Produktion und die Reproduktionsarbeit zwingend zusammengehören, müssen Schulen und Hochschulen, Krankenhäuser und Pflegeheime aus den Profiten der Unternehmen bezahlt werden statt von allen SteuerzahlerInnen. Sie dürfen nicht weiter kommerzialisiert und privatisiert werden, sodass ihre Inanspruchnahme immer stärker vom eigenen Geldbeutel oder von dem der Eltern abhängt. Bildung und Gesundheit dürfen keine profitable Ware für Konzerne sein. Sie gehören zu den Grundrechten eines jeden Menschen. Nichts ist alternativlos!

Das heißt für die Hochschulen: Die Wissenschaft könnte tatsächlich Technologien entwickeln, die das Leben für alle verbessern. Dafür müssen wir sie von der Drittmittelabhängigkeit und dem alltäglich gewordenen Verwertungszwang befreien. Sowohl Forschung als auch Lehre ließen sich aus den Gewinnen der Produktion bedarfsgerecht finanzieren. Jeder Mensch hat ein Recht auf kostenlose Bildung, von der KiTa bis zur Doktorarbeit. Den Lernenden wird dafür ein elternunabhängiges, nicht-rückzahlungspflichtiges Studienhonorar gezahlt. Über diese wird nicht von Drittmittelgebern oder dem Staat entschieden, sondern von demokratischen Kollektiven in den Fachbereichen, Instituten und Fakultäten. Die Hierarchie zwischen Lehrenden und Studierenden wird aufgehoben; es entscheidet allein das bessere Argument. Nichts ist alternativlos!

Marx liefert uns keinen Masterplan, wie wir zu einer befreiten Gesellschaft kommen. Das war auch nie sein Anspruch. Doch seine Analysekategorien können den engen Rahmen der GroKo-Lethargie sprengen. Die Wünsche und Bedürfnisse unserer Zeit drängen zur Utopie, wenn wir gemeinsam diskutieren, lernen und kämpfen. Wir haben auch heute noch eine Welt zu gewinnen. ★

Danilo Streller
studiert in Leipzig
Politikwissen-
schaft. Er kann
mit Star Trek zwar
nichts anfangen,
kämpft aber trotz-
dem gern für
eine solidarische
Zukunft.



Dem Untergang entgegen?!

Drei weitere Jahre GroKo - drei Jahre Stillstand? Die Risiken und Nebenwirkungen der neuen Regierung in Berlin schaut sich **Dorian Tigges** an.



Kaum waren die MinisterInnen der neuen Bundesregierung vereidigt, ging es los: So ließ Jens Spahn u.a. verlauten, Hartz IV bedeute „nicht Armut“, sondern sei die Antwort der Solidargemeinschaft auf Armut - „Damit hat jeder das, was er zum Leben braucht“.

Auch Horst Seehofer behauptete mit seinem üblichen Rassismus, der Islam gehöre nicht zu Deutschland.

Derartige Versuche aus der Union, die politische Debatte durch plumpe, menschenverachtende Hetze weiter nach rechts zu verschieben, lassen für die nächsten Jahre Schlimmes erahnen. Auch, weil die SPD bisher schwieg.

Man feiert sich lieber selber für die Stabilisierung des Rentenniveaus auf 48 %, eine Höhe, bei der das millionenfache Absinken in Altersarmut absehbar ist.

Ein Blick zurück

Einige Wochen nach der Bundestagswahl schien die Koalition der Gutverdienenden, Neoliberalen und Konservativen aus Union, Grünen und

FDP noch eine ausgemachte Sache. Gescheitert ist sie letztlich an inhaltlichen Widersprüchen und besonders am konsequenten Profilierungs- und Gestaltungswillen der FDP.

Ein solcher Wille, die Gesellschaft, wenn auch im neoliberalen Sinne, aus der Regierung heraus zu gestalten und bei großen inhaltlichen Widersprüchen Politik lieber aus der Opposition heraus zu machen, war der SPD in den GroKo-Gesprächen nicht anzumerken. Ihnen ging es vielmehr darum, nur einige wenige inhaltliche Duftmarken zu setzen, um möglichst viele Posten für ihre Abgeordneten herauszuschlagen.

Für die Union lag die Situation nach dem Ende der Jamaika-Gespräche klar auf der Hand: Die Zusammenarbeit mit der SPD war die einzige Möglichkeit einer weiterhin stabilen Regierung. Einer Regierung, bei deren Politik das Parlament nur eine untergeordnete Rolle spielt. Andererseits wurden zunehmend Stimmen laut, die die Partei als Reaktion auf den Wahlerfolg der AfD durch chauvinistische und fremdenfeindliche

Rhetorik weiter nach rechts rücken wollen. Es ist absehbar, dass dies nur zu einer weiteren Stärkung der AfD führen wird.

Die SPD wiederum gefiel sich inzwischen in ihrer Rolle als Oppositionsführerin und „antifaschistischer“ Garant für die weitere Marginalisierung der AfD.

Dass sich diese scheinbar gegenläufigen Logiken später so geräuschlos miteinander vereinbaren ließen, verrät angesichts der jüngeren Geschehnisse weniger über die Union als über die zentralen Interessen der SPD-Führungsclique.

Statt nach dem katastrophalen Bundestagswahlergebnis die Partei inhaltlich und personell zu erneuern, wie es die Jusos in der #NoGroKo-Kampagne forderten, richteten Martin Schulz und der gesamte Vorstand ihr Fähnchen im Wind. Schließlich wissen die „Genossen“, dass „Opposition Mist ist“ und Posten im Kabinett wichtiger für die Entwicklung von Partei und Gesellschaft sind als zum Beispiel eine solidarische Krankenversicherung, in die alle einzahlen.

Eine ehrliche Analyse und Kritik der

eigenen Fehler ist insofern kaum zu erwarten. Die ErbInnen Schröders besetzen nach wie vor die wichtigen Posten. So ist eine Erneuerung, gerade aus der Regierung heraus, wohl kaum möglich.

Es kommen harte Zeiten

Von einer Union, die aus Angst, das eigene Kernklientel an die AfD zu verlieren, zunehmend nach rechts rückt, einer SPD, die ihre Unfähigkeit zur Selbstreflexion sicherlich mit weiter sinkenden Wahlergebnissen bezahlen wird, und einer Kanzlerin, bei der nach zwölf Amtsjahren zunehmend Ermüdungserscheinungen auftreten, sind kaum richtungsweisende, geschweige denn progressive Aktionen zu erwarten.

Es bleibt nur zu hoffen, dass das Ende dieser GroKo auch das Ende der SPD bedeutet. Erst dann, wenn sie eine glaubwürdige Politik im Sinne der Mehrheit macht, kann die gesellschaftliche Linke in den Parlamenten wieder mehrheitsfähig werden, wie in Großbritannien zu beobachten ist. Die SPD ist zu einer dafür nötigen Erneuerung anscheinend kaum mehr fähig. ★



Es soll einige kleinere Verbesserungen im Bildungsbereich geben. 11 Mrd. € sollen zusätzlich in Bildung und Forschung investiert werden: der Digitalpakt (3,5 Mrd. €), Investitionen in Ganztagsangebote (2 Mrd. €), eine bessere KiTa-Qualität und die Reduzierung von KiTa-Gebühren (3,5 Mrd. €). Vom selbst gesetzten

Ziel, 3,5 % des BIP für Wissenschaft auszugeben, sind diese Schritte allerdings weit entfernt.

Das Kooperationsverbot bei der Finanzierung von (Hoch-)Schulen soll weiter gelockert, gleichzeitig aber die erfolgsorientierte Mittelvergabe an die Hochschulen, wie etwa im Rahmen der Exzellenzstrategie, aufrechterhalten werden.

Eine Mindestausbildungsvergütung ist geplant. Offen bleibt wie hoch dieser Mindestlohn für Azubis liegen wird.

Für die bessere Finanzierung des BAföG wollen die KoalitionärInnen 9 Mrd. €. Der Betrag reicht nicht im Entferntesten aus, um die versäumten Erhöhungen der letzten Jahrzehnte auszugleichen.

Dorian Tigges
ist im Bundesvorstand von dielinke.
SDS, studiert in Marburg und hält SPD-Mitglieder für nekrophil.



Auf den Spuren der verschwundenen Lohnerhöhung

Wie die studentisch Beschäftigten in Berlin für einen neuen Tarifvertrag streiken
Tilman von Berlepsch

Streikversammlung an der Freien Universität Berlin

Sherley Holmes und Dr. Watson stehen bei Eiseskälte vor dem Hegelbau der Humboldt Universität und ziehen ihre Trenchcoat-Mäntel noch etwas enger. Eine Hand in der Tasche vergraben, in der anderen die Pfeife. Sherley Holmes fragt: „Was haben wir hier, Dr. Watson?“ - „Die Kasse mit der Lohnerhöhung für die studentischen Hilfskräfte (SHK) wurde aufgebrochen. Die TäterInnen haben das Geld entwendet“, antwortet der Doktor mit dem Hut.

Was nach dem Anfang einer feministischen Version des Klassikers britischer Kriminalliteratur klingt, ist eigentlich der Beginn einer Guerilla-Streikaktion der studentisch Beschäftigten der Berliner Hochschulen. Diese befinden sich seit Januar im Warnstreik, nachdem zwei Jahre ergebnislos mit den Hochschulen

verhandelt wurde. Als die zuständigen Gewerkschaften ver.di und GEW gemeinsam mit den Beschäftigten in einer groß angelegten Kampagne knapp 1.000 neue Mitglieder gewonnen hatten, war das Selbstbewusstsein groß genug, die Auseinandersetzung auf eine höhere Stufe zu heben und in den Warnstreik zutreten.

„Die Spur führt uns zum Präsidium“, stellt Sherley Holmes fest und stieftel voran in Richtung Hauptgebäude. Eine Gruppe von mehreren hundert Streikenden mit Trillerpfeife, Streikweste und allerlei roten Flaggen folgen ihr lautstark. Ich schaue auf mein Handy und der Streikgruppenchat explodiert vor neuen Nachrichten und Fotos. Bei den dezentralen Aktionen wurde beim Campus Adlershof ein 10-Meter-Transpi vom Verwaltungsgebäude gedropt und ein von Strei-

kenden mit Kreidespray markiertes Unfallauto an der TU hat einen Polizeieinsatz ausgelöst.

Es bewegt sich was

„Endlich geht mal wieder ein Ruck durch die Unis“, denk ich mir und freue mich als unsere Spontandemo schnurstracks ins Hauptgebäude marschiert. Vorbei am Marx-Zitat („Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern.“), ziehen wir lauthals vor das Büro der Unileitung. „Tarifvertrag, jetzt!“, schallt es durch die Gänge.

Der Tarifvertrag der studentisch Beschäftigten (TV Stud) in Berlin ist eine Errungenschaft der revoltierenden Studierenden von '68. Vor genau 50 Jahren wurde die allgemei-

ne Aufbruchsstimmung an den Unis genutzt, um den - bis heute bundesweit einzigartigen - Tarifvertrag für die 8.000 studentischen Hilfskräfte an den Berliner Hochschulen zu erkämpfen. Der historische SDS hat zu der Zeit versucht die Kämpfe von Studierenden und ArbeiterInnen zu verbinden, beispielsweise durch gemeinsame gewerkschaftliche Bildungsarbeit. In Frankreich war die Einheit von Arbeiterklasse und Studierenden sogar für eine kurze Zeit Realität, als die Losung hieß: „Arbeiter, Studierende: gemeinsam werden wir gewinnen.“

Der Kampf geht weiter

1986 konnte dieses Erbe der '68er dann erfolgreich gegen den Angriff eines rechtskonservativen Wissenschaftssenators verteidigt werden. Damals gingen 20.000 TutorInnen und solidarische Studierende auf die Straße, in wilde Streiks, blockierten die Stadtautobahn und setzten durch, dass die Lohnerhöhungen der SHKs stetig stiegen. Daran haben sich die Hochschulen auch brav gehalten, bis 2001 plötzlich der Lohn eingefroren und 2004 sogar das Weihnachtsgeld gestrichen wurde, was faktisch einer Lohnkürzung gleichkam. So stehen wir studentisch Beschäftigten seit 17 Jahren ohne Lohnerhöhung da. Und das bei ständig steigendem Druck bei der Arbeit und im Studium. Die Mieten in Berlin steigen seit Jahren in schwindelerregender Geschwindigkeit. Einige von uns haben einen Zweit- oder sogar Drittjob und die Krankenkassen zahlen nach nur 6 Wochen Krankheit keinen Cent Krankengeld mehr an Studierende.

2015 hat sich deshalb die Tarifinitiative TV Stud gegründet und fordert seitdem: Lohnerhöhung in Höhe des Inflationsausgleichs seit 2001, das entspräche einem Stundenlohn von 14€, mehr Urlaubstage, längere Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und eine Dynamisierung, also regelmäßige Lohnerhöhung mit dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes. Nach acht kämpferischen Warnstreiktagen im Wintersemester, soll das Sommersemester wieder mit Warnstreiks und Aktionen beginnen. Sollten sich die Hochschulleitungen weiterhin nicht bewegen, werden sich mit zunehmender Wut und besserem Wetter immer mehr Studis uns anschließen und Sherley Holmes und Dr. Watson bei ihrer Suche nach der verschwundenen Lohnerhöhung unterstützen. ★

Tilman von Berlepsch studiert und arbeitet an der Freien Universität und ist aktiv im SDS. Berlin. Er freut sich mehr über den ersten eigenen Arbeitskampf als auf das kommende Semester.



Seelische Not ist keine Privatsache

Das Bologna-Studium macht uns zu psychisch kaputten Zombies. Über die Folgen von Konkurrenz und Zeitdruck und über mögliche Auswege schreibt **Artur Brückmann**.

Pillen gegen Prüfungsstress? Das muss nicht sein.

Morgens kurz vor Bibliotheksöffnung in der Prüfungsphase irgendwo in der BRD: Noch bevor die Wirkung des morgendlichen Kaffees einsetzt, schauts du dich vorsichtig um und blickst den Menschen ins Gesicht. Das ist der Moment, in dem du dich fragst, ob du nicht eher bei den Dreharbeiten zur neuen Staffel „The Walking Dead“ gelandet bist. Statt die Bildung mündiger Persönlichkeiten durch das lernende Bearbeiten gesellschaftlicher Probleme zu befördern, versetzt uns das aktuelle Studiensystem in den Zustand eines Zombies.

Krankenkassen schlagen Alarm

Seit einiger Zeit ist der Alarm der Krankenkassen zu psychischen Problemen bei Studierenden schon fast zur Routine geworden. Laut BARMER Arztreport 2018 ist allein zwischen den Jahren 2005 bis 2016 der Anteil der 18- bis 25-Jährigen mit psychischen Diagnosen um 38% und darun-

ter bei Depressionen um 76% gestiegen. Demnach ist bei Studierenden inzwischen mehr als jede sechste Person von einer psychischen Diagnose betroffen. Das entspricht rund 470.000 Personen. Nicht wir, das System ist offenbar falsch. Aber wie kommt's? Was ist die Ursache für diese Depressionsepidemie? Die Ursache für Burnout und Depression (in) der neoliberalen „Leistungsgesellschaft“ ist das Zurückdrängen eines gemeinwohlorientierten Sinns hinter Deadlines und Zielkennziffern zur Maximierung des Unternehmensprofits, ein konkurrenzgetriebenes „Rennen ohne Ankommen“, soziale Entsicherung und (gefühlte) Ausgeliefertheit an unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen. In die Hochschulen wurde diese Orientierung durch die Bologna-Reform gedrückt, welche maßgeblich vom European Roundtable Of Industrialists, der EU-Lobby-Organisation der 50 größten Konzerne, vorangetrieben wurde. Diese Umstellung auf das Bachelor-Master-System bedeutet eine engmaschige Kontrolle der Produktion von

ArbeitskraftunternehmerInnen: Module, Credit Points, Dauerprüfungskaskade und Master-Hürde.

Das Ergebnis: Wir leben in einer verkehrten Welt, in der Zweck und Mittel ausgetauscht wurden. Der Zweck unseres Studiums soll nicht etwa im gemeinsamen Verstehen der Welt zum Verbessern der Welt bestehen, sondern im studienplankonformen, konkurrenzgetriebenen „Erwerben“ von Credit Points, um damit später auf dem Arbeitsmarkt für Unternehmen nutzbar zu sein. Dieser Widerspruch zwischen (privatisierter) Hoffnung auf gesellschaftliche Verbesserung und verdinglichtem Alltag führt in die Blockade unserer Handlungsfähigkeit.

Was tun gegen das psychische Elend an den Hochschulen?

An der Universität Hamburg wird uns durch Workshop-Angebote wie „Weniger aufschieben – mehr erledigen“ oder „Zeit- und Selbstmanagement

im Studium“ nahegelegt, das Problem seien unsere mangelnden Kompetenzen. Du gehst verloren zwischen Lohnarbeit und Prüfungsterror? Hol dir eine App zum Zeitmanagement! Du bist im Dauerstress? Wie wäre es mit einem zusätzlichen Termin: Yoga! Du hast eine Schreibblockade? Schon mal Ritalin probiert? Die heutigen Formen psychologischer Angebote sind also nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Burnout und Depression als Konsequenzen einer Gesellschaft, welche unsere marktkonforme Selbstoptimierung unter verschärft prekären Bedingungen verlangt, sollen durch ein Mehr an Selbstoptimierung behandelt werden. Andersherum wird ein Schuh draus: Psychische Genesung gibt es nur im kollektiven Widerstand zur neoliberalen Vereinzelung und Marktorientierung. Beispielsweise durch selbstorganisierte Projektseminare oder Themenseminare hin auf die Abschaffung des Ba/Ma-Systems. So durchbrechen wir die ideologische Einrede der Eigenverantwortung für unsere Lage und die (gefühlte) Ausgeliefertheit an unsere Studien- und Lebensbedingungen.

Organisiert euch!

Wir begreifen die Veränderbarkeit des Status quo, befreien uns von internalisierten Fremdinteressen und gewinnen damit unmittelbar Handlungsfähigkeit.

Die Organisation in der LINKEN, im SDS oder in Hochschulgremien ist ein wesentlicher Beitrag zur gemeinsamen Gestaltung unserer Studien- und Lebensbedingungen und damit das wirksamste Mittel gegen Einsamkeit und Handlungsunfähigkeit. Dafür müssen wir aber dringend aufhören, uns gegenseitig ein Klarkommen vorzuspielen und offen über unsere gemeinsamen Probleme sprechen. Denn schon die gemeinsame Reflexion des Leidens im Bologna-Studium als politisch gewollte Erziehung zu Konformität ist enorm wichtig: statt uns selbst die Schuld zu geben, können wir gemeinsam etwas tun, für Kritische Wissenschaft und gegen die unternehmerische Hochschule.

Nehmen wir unser Leben gemeinsam in die Hände! ★

Artur Brückmann, organisiert im SDS* der Universität Hamburg, studiert Sozialökonomie und ist seit einigen Jahren als Sozialreferent im dortigen AstA tätig.



Zukunftsbilder in Science-Fiction

Literatur ist Teil der Gesellschaft und bildet sie ab. Das trifft auch auf Science Fiction zu. Welches Bild von unserer Gesellschaft und welche Aussichten auf den weiteren Fortgang gegenwärtige Science-Fiction entwirft, fragt sich **Benni Roth**.

Science-Fiction liefert zurzeit vor allem negative Aussichten für die Zukunft. Entweder wird der Status Quo bejaht und eine technologisch hochentwickelte Gesellschaft unter kapitalistischen Vorzeichen sowie liberal-demokratischen Strukturen entworfen. So gibt es zum Beispiel in *Star Wars* einen korrupten Senat, der von einer Diktatur verschluckt wird. Oder es werden Dystopien gezeigt, in denen bereits heute vorhandene Missstände massiv verschärft auftreten und durch eine dem Menschen feindliche technologische Entwicklung intensiviert werden. In *ELYSIUM* verlassen die Reichen die Erde auf eine luxuriöse Raumstation, während die Verdammten dieser Erde – die Ärmern – ihr Leben in Elend und Repression fristen. In *BLADE RUNNER* übernimmt das wirtschaftliche Großkonglomerat Tyrell Corporation die Herrschaft. Bei *IN TIME* wird durch die Lebenszeit-Entlohnung eine lebensbedrohliche Ver-

schärfung der Ausbeutung betrieben. In *MINORITY REPORT* erfolgt die Vervollkommnung der Bürgerüberwachung durch die sofortige Bestrafung von erfassten Gewaltgedanken. Und in *STAR WARS VII* übertrifft die Star Killer Basis sogar die Feuerkraft des Todessterns und beweist, dass es immer eine noch schlimmere Massenvernichtungswaffe gibt. All diese Dystopien sind aus realen Verhältnissen inspiriert und deuten in dramatischer Weise an, wie weit es vielleicht noch kommen könnte.

Einzelkampf statt Solidarität

Ein wichtiges Motiv gegenwärtiger SciFi ist zudem das Einzelkämpfertum. Superheldinnen oder Hochbegabte versuchen, die Welt zu retten, während Menschenmassen nur als Kanonenfutter oder Mob auftreten.

Muskelbepackte Helden und halbnackte Heldinnen zeigen hierbei auch eine sexistische Komponente, die gesellschaftliche Normen propagiert: für den Profit von Fitnessstudios und Schönheitsindustrie und zum Leidwesen der von Essstörungen betroffener Menschen. Außerdem ist es ein fataler Irrglaube, dass Konflikte der Menschheitsgeschichte von Ausnahmepersonen gelöst würden. Die Novemberrevolution wurde zum Beispiel von meuternden Matrosen, streikenden ArbeiterInnen und Friedensbewegten angetrieben, auch wenn Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht uns als herausragende und prägende Persönlichkeiten in Erinnerung geblieben sind.

Was fehlt, ist Utopie

Auch werden die Krisen in Science-Fiction meist autoritär und militärisch gelöst. In *WORLD WAR Z* findet sich bei-

spielsweise mit dem Abschlagen von Zombies eine Szene, die beim Zuschauer Sympathien für die Vernichtung von Menschenmassen erzeugen soll. Im Zombieszenario werden auch immer jene, welche die Zombies nicht töten wollen, als schwache Idealisten gezeichnet, deren Tod dann oft „verdient“ erscheint – zum Beispiel im Zombie-Roman *EDEN*, wo eine Hippie-kommune die Zombies heilen will und dafür zerfleischt wird.

Überwindung des Kapitalismus, vor allem konkrete Ausgestaltung, zeigt Science Fiction nicht; höchstens das Ausweichen auf andere Planeten oder die Rückkehr zur vorkapitalistischen Gesellschaft durch Apokalypse. Nein, utopische Science Fiction erfreut sich keiner breiten Öffentlichkeit. Es ist – laut Fredric Jameson – gerade offenbar leichter, sich das Ende der Welt vorzustellen, als das Ende des Kapitalismus. So dominiert selbst bei revolutionärer SciFi das Motiv der verratenen Revolution oder Ungewissheit über den Fortgang (TRIBUTE VON PANEM). ★

Benni Roth kann Terry Pratchett leider nicht mehr lesen, weil seine Geschichten zwar lustig, aber auch hardcore neoliberal sind und sucht nun nach neuer Literatur.



Die Utopie des 21. Jahrhunderts muss wohl erst noch geschrieben werden. Wenn Ihr Ideen und Interesse habt, Eure kritischen und progressiven Gedichte oder Kurzgeschichten zu teilen, dann schickt sie doch an die Critica (projekt.sozialliteratur@gmx.de), für unser Projekt SOZIALLITERATUR! Gerne etwas Utopisches, aber auch die Beschreibung von Missständen und Kämpfen haben Platz!

ANZEIGE

¡Viva la autonomía!
Solidarisch gekaufter Kaffee von Kooperativen indigener politischer Bewegungen in Mexiko und Kolumbien (Zapatistas und CIRC).

Wöchentlich verpackungsfreier Kaffee und Espresso kilometerweit bestellbar

Kräutertees aus der selbstverwalteten Fabrik Scape II

Kaffee Kollektiv Zapatista

Infos und Onlineshop: www.aroma-zapatista.de
kaffee.kollektiv@aroma-zapatista.de

Was lasen die 68er?

Vor 50 Jahren begann eine Revolte, die die alte Bundesrepublik aufrüttelte.

Doch welche AutorInnen prägten die Studierenden, die die Gesellschaft umgestalten wollten?

Unsere Buchempfehlungen



Frantz Fanon Verdammte dieser Erde

Frantz Fanon war ein karibisch-französischer Psychiater, der im algerischen Bürgerkrieg auf der Seite der Befreiungsfront (FLN) Menschen behandelte. Unter diesem Eindruck schrieb er *VERDAMMTE DIESER ERDE*, einen Essay über Entkolonialisierung, in welchem er Ursachen, Formen und Folgen des Kolonialismus psychoanalytierte und Schlussfolgerungen für die Befreiung zog. Es erschien 1961 mit einem Vorwort von Jean-Paul Sartre, der es vor allem für die Desillusionierung und Beschämung der KolonisatorInnen lobte. Doch Fanon geht weiter; er beschreibt die Notwendigkeit des vollständigen Rückzugs der Kolonialmächte und der eigenständigen Entwicklung der entkolonisierten Völker sowie die Überwindung der kolonialgesellschaftlichen Widersprüche auf dem Weg zur Selbstständigkeit.

Für die 68er war Fanons Werk wichtig als theoretische Grundlage und als argumentatives Rüstzeug im Kampf gegen kolonialistische Ignoranz. Sie solidarisierten sich mit der Dritten Welt und hofften geradezu auf deren Befreiung als Moment der Revolution. So veranstaltete der SDS 1968 einen Vietnam-Kongress und solidarisierte sich mit dem vietnamesischen Befreiungskampf gegen die USA.

Kolonialismus ist bis heute nicht überwunden. Trotz eigener Staaten werden die Völker der sogenannten Dritten Welt in neokolonialer Gefangenschaft gehalten: Das Spardiktat des Internationalen Währungsfonds verbietet ihnen den Aufbau einer verarbeitenden Industrie und hält sie als Rohstofflieferanten in Abhängigkeit zu den ehemaligen Ko-

lonialmächten. Der Internationale Strafgerichtshof veranstaltet Prozesse gegen Dritte-Welt-Politiker, ohne europäische und amerikanische ÜbeltäterInnen zu richten. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion nehmen auch direkte militärische Interventionen in den ehemaligen Kolonien rasant zu. Wer Fanon liest, erkennt die heutige Situation in vielen damaligen Textpassagen wieder und erhält obendrein Einblick in progressive Alternativen zu der Abhängigkeit dieser Länder.

BENNI ROTH

Herbert Marcuse Versuch über die Befreiung

Das Buch *DER EINDIMENSIONALE MENSCH* von Herbert Marcuse, dem kritischen Theoretiker der Emanzipation, wie ihn der berühmte ehemalige SDS-Aktivist Hans-Jürgen Krahl nannte, ist wohl sein bekanntestes. Sein hier eher pessimistischer Grundton gegenüber der Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse speist sich aus der Erkenntnis, dass die Herrschaftsverhältnisse im Kapitalismus gerade deswegen so schwer zu verändern sind, weil sie ein eindimensionales und somit positivistisches Denken der Individuen herstellen. Sie manipulieren, „verblenden“ die Menschen, die das System somit tagtäglich unkritisch reproduzieren.

Ein Jahr nach den Ereignissen von 1968 veröffentlichte Marcuse seinen Essay *VERSUCH ÜBER DIE BEFREIUNG*. Seine Beobachtungen aus dieser bewegten Zeit verändern seine Sicht auf die Verblendung der Menschen. Nun schreibt er optimistisch und unglaublich

pathetisch: „Neuerdings hat sich diese bedrohliche Homogenität gelockert; eine Alternative bricht jetzt in das repressive Kontinuum ein“. Es sind vor allem die Studierendenbewegung und die „kämpferischen Minderheiten“, die sich gegen die Kolonialherrschaft des Westens auflehnen. In diese legt Marcuse neue Hoffnung.

Es ist der Entwurf einer Revolutionstheorie, deren Begriff von Befreiung weit über die bloße Sozialisierung der Produktionsmittel hinausgeht. Es geht, wie Krahl Marcuse verteidigt, um die „konkrete Utopie des Kommunismus“, die in den Kämpfen der 68er zu Tage kommt. Manchmal wirkt die triebtheoretische Begründung Marcuses schräg, wenn er argumentiert, dass einer Revolution die grundlegende Veränderung der Triebstruktur vorausgehen hat: „andere Reaktionen des Körpers und des Geistes“ müssen etabliert werden. Doch zugleich ist hier eine Erkenntnis ange-

legt, die zu oft in revolutionstheoretischen Debatten unter den Tisch fällt: dass jede Strategie ihr Subjekt nicht abstrakt verstehen darf, sondern als konkrete, lebende und fühlende Menschen: „Die heutigen Rebellen wollen neue Dinge in neuer Weise sehen, hören und fühlen; sie verbinden Befreiung mit dem Auflösen der gewöhnlichen und geregelten Art des Wahrnehmens.“

Insofern lohnt es sich auch heute, einen genauen Blick auf den von Marcuse entwickelten Leitbegriff einer „Neuen Sensibilität“ zu werfen. Nicht nur, weil er die Dimension politischer Strategie bespricht, die den Menschen in seiner wirklichen Existenz versucht wahrzunehmen, sondern auch, weil kaum ein anderer Begriff die Dimension der Sensibilität jener Zeit so treffend auf den Punkt bringt. Politik ist, so lernt man mit Marcuse, auch ein emotionales Unterfangen.

RHONDA KOCH



Rosa Luxemburg Sozialreform oder Revolution?

Vor dem Ersten Weltkrieg war in der ArbeiterInnenbewegung und der SPD ein Grundsatzstreit ausgebrochen. Kann der Sozialismus durch viele kleine Reformen, die letztlich das Leben der ArbeiterInnen verbessern oder nur durch eine große Auseinandersetzung mit den herrschenden Eliten, eine Revolution, erreicht werden?

Auf der einen Seite dieses sogenannten Revisionismusstreits machte sich der Flügel um Eduard Bernstein, der ehemalige Sekretär von Friedrich Engels, für eine Politik der kleinen Schritte stark, bei der das Endziel an Bedeutung verliert und es vielmehr (nur) um ganz konkrete Verbesserungen der Lebenslage geht.

Dagegen trat Rosa Luxemburg dafür ein Reformen als Element einer revolutionären Praxis zu begrei-

fen. Mit Reformen alleine ist der Sozialismus nicht zu erreichen, allerdings bieten sie die Möglichkeit die Bedingungen der politischen Auseinandersetzung zugunsten der ArbeiterInnen zu verbessern. Mit der Wiederentdeckung des linken Denkens 1968 waren auch maßgeblich utopische Vorstellungen verbunden die politischen Verhältnisse mit revolutionärer Gewalt umzuwerfen.

Rosas Schrift gab den AktivistInnen einen Ansatz zur Hand ihren revolutionären Anspruch und Reformpolitik zusammenzudenken. Sie lieferte ihnen - insbesondere in Westdeutschland, wo keine Parteien von Relevanz links der SPD existierten - eine Idee davon, wie es nach dem Scheitern der Aufstände in Paris oder Prag politisch mit der Bewegung weitergehen könnte. Sei es nun in der DKP, der SPD

oder verschiedenen linken Kleingruppen.

Auch heute ist diese Frage nach wie vor relevant. Schaut man sich den Zustand der SPD an und ihre Unfähigkeit positive Visionen zu entwickeln und voranzutreiben, so kann man erahnen, welche langfristigen Auswirkungen der Sieg der bernsteinischen Reformpolitik in diesem Konflikt hatte. Insofern kann Luxemburgs Schrift heute noch als Intervention für die Bewahrung utopischen Denkens in der Politik und der Sehnsucht nach der Überwindung aller unmenschlichen Verhältnisse werden. Ohne diese Elemente ist linke Politik langfristig nicht denkbar.

DORIAN TIGGES

Shulamith Firestone The Dialectic of Sex: The Case for Feminist Revolution

Shulamith Firestone ist eine radikalfeministische Vertreterin der US-amerikanischen Frauenbewegung. Geschlechter versteht sie als Klassen, die die Grundlage aller Unterdrückung bilden. Frauen sind demnach als ganze Klasse ökonomisch abhängig von Männern, weil sie für das Gebären und Betreuen der Kinder verantwortlich gemacht werden. Ähnlich wie bei Simone de Beauvoir ist Geschlecht keine biologische Gegebenheit, sondern wird erst durch die Gesellschaft sozial und kulturell aufgeladen.

Ausgangspunkt für diese Unterdrückung ist laut Firestone die Kleinfamilie, in der die Mutter die Kinder versorgen muss. Der Vater ist frei davon. In den Familien werden die Kinder auch erst zu „Männern“

und „Frauen“ gemacht. Auf dieser Gegenüberstellung und der daran anschließenden Hierarchisierung von Männern über Frauen baut die gesamte westliche Kultur auf. Die romantische Liebe in der Kleinfamilie und zwischen den Geschlechtern dient so allein der Verschleierung von Unterdrückung. Firestone fordert eine Revolution, um die Geschlechterunterschiede zu überwinden. Ausgangspunkt dessen ist die Selbstbefreiung der Frauen: sowohl von der „Tyrannie der Fortpflanzung“, von der ökonomischen wie politischen Abhängigkeit vom Mann als auch sexuell. Als Grundvoraussetzung dafür sieht sie die Abschaffung der Familie.

Firestones Buch war besonders für die Zweite Frauenbewegung sehr wichtig. Ihre scharfe Kritik an der

männlich dominierten Studierendenbewegung traf den Nerv vieler AktivistInnen. Feminismus und Geschlechterfragen sollten nicht länger als nachrangig gelten.

Noch heute tragen Frauen die Hauptverantwortung für Kinder und andere zu versorgende Menschen in den Familien und der Gesellschaft. Sie arbeiten viel häufiger in schlecht bezahlten und wenig anerkannten Berufen, in denen es um die Versorgung anderer geht. In Deutschland wird von Frauen mehr als doppelt so viel Hausarbeit verrichtet wie von Männern.

BETTINA GUTPERL

Sex nur mit Deutschen

Kämpferisch, aber nur gegen Migranten: Die Instagram-Faschistinnen der Identitären Bewegung. Über Widersprüche und Brüche im IB-Frauenbild schreibt **Daphne Weber**.



Feministische und antirassistische Kämpfe müssen zusammen geführt werden.

Auf einigen Fotos sind Frauen zu sehen, wehrhaft inszeniert vor einem Boxsack stehend. Auf anderen haben sie kleine Kinder im Arm, sticken Muster, zeigen Trachten und pralle Ausschnitte, darüber ein Instagram-Filter. Sie sind dünn, haben makellose weiße Haut und langes, wallendes Haar. Wie Eowyn aus dem Film *HERR DER RINGE* wollen sie sein, traditionsgebunden, aber rebellisch gegen den ‚Feind‘, fruchtbar und ‚arisch‘. Das ist das Frauenbild, das die Facebookseite „Identitäre Frauen und Mädels“ propagiert, ein Teil der neofaschistischen Identitären Bewegung (IB).

Die neuen Nazis werben nicht mehr mit Slogans wie „Deutsche Frau, halte dein Blut rein“. Ihre Fotos sprechen jedoch dieselbe Bildsprache. Immer wieder fällt das Wort „Austausch“: die weiße Bevölkerung solle gegen Menschen aus anderen Weltregionen ausgetauscht werden, heißt es. Dagegen müssen die Neofaschistinnen anvisieren – natürlich mit anderen weißen Deutschen. Hierfür vermarktet die IB sogar T-Shirts mit dem Aufdruck: „Fighting for the rebirth of Europe.“ Das kann man metaphorisch lesen oder wörtlich. In jedem Fall ist Sex zwischen verschiedenen Ethnien nicht vorgesehen, das würde schließ-

lich die Deutschen „austauschen“. Ein harmloses Wort. „Verunreinigung des Blutes“ ist wohl zu vorbelastet. Statt „Rassentrennung“ und „arisch sein“ ist nun „Ethnopluralismus“ en vogue. Klingt auch viel schöner und wissenschaftlicher, nicht ganz so nach Hitler.

Frauenverachtung im Mantel des „Feminismus“

Das Feindbild der faschistischen Frauen ist klar: es ist der ausländische Mann, der Muslim. Wenn sich der Täter eines Übergriffs als weißer Deutscher entpuppt, verschwindet die Solidarität mit der betroffenen Frau sehr schnell. Jüngst war dies im Fall der erstochenen Keira zu beobachten. Das neurechte Sammelbecken um IB, AfD und Pegida blies zum Protestmarsch. Sie nahmen an, dass der Täter ausländisch gewesen sei. Als sich herausstellte, dass es ein deutscher Mitschüler Keiras war, sagten sie die Demo ab. Keira war ihnen schlagartig egal geworden. Ihr Tod ließ sich nicht mehr instrumentalisieren. Die Statistik des Bundeskriminalamts spricht eine deutliche Sprache. Im Jahr 2016 wurden über 133.000

Menschen Opfer von sexualisierter, partnerschaftlicher Gewalt, über 80% davon Frauen. Die sexuelle Gewalt findet meist im engen Umfeld der Betroffenen statt und nicht auf einer nächtlichen Straße im migrantisch geprägten Großstadtiertel. Das ist auch der Grund, weshalb ein Großteil der Gewalt vermutlich gar nicht angezeigt wird und im Dunkeln verbleibt.

Nur deutsche Frauen sind wertvoll

Für die Gewalt, die an migrantischen Frauen, an schwarzen Frauen, an Frauen mit Kopftuch verübt wird, interessieren sich die Rechten nicht. Man kann erkennen, dass sie sich lediglich für einen solchen „Feminismus“ interessieren, der ihren Rassismus tarnt. Für sie sind alle migrantischen (oder migrantisch aussehenden) Männer automatisch Gewalttäter. Die migrantischen Frauen sind ihnen schlichtweg egal. Sie fordern: „Gefährder und Gewalttäter abschieben“. Und wohin? In ihre Herkunftsländer, damit sie – so der Subtext – dann dort Gewalt an Frauen verüben, wo es keine gute Gerichtsbarkeit gibt? Es geht den IB-Frauen lediglich um den Schutz ihrer

eigenen Privilegien. Diese nennen sie dann „Tradition“. Ein Beispiel ist Weihnachten, welches bei ihnen nicht unbedingt christlich besetzt ist, sondern lediglich als Tradition gilt. Der Zweck der Tradition: Kontakt zu den „Ahnen“ herstellen. Hier machen sich bereits erste Versatzstücke des Neuhidentums bemerkbar, wie sie auch in der NS-Zeit verbreitet waren. Es ist gar nicht das ‚christliche‘ Europa, das die Frauen der IB verteidigen wollen, es ist das heidnische Germanien, mit dem sie sich über ihre „Ahnen“, also über Blutslinien verbunden fühlen. Hier schließt sich der Kreis inhaltlich zur Blut- und Boden-Ideologie der Nazis und auf der Bildebene zu Eowyn aus *HERR DER RINGE*.

Neofaschistinnen und Popkultur

Der *HERR DER RINGE* hat zwar wenig mit dem historischen Germanentum oder dem christlichen Mittelalter zu tun, die Frauen der IB haben allerdings eine popkulturell geprägte, romantische Vorstellung davon. Dass ihre „Ahnen“ in dieser Zeit vermutlich arme Bäuerinnen, Mägde oder gar Sklavinnen gewesen sind, für Spieleereien mit Sticken und Tracht also keine Zeit gehabt haben mögen, ist hierbei nicht der einzige Widerspruch: Ihre „Ahnen“ werden fundamental andere Klasseninteressen gehabt haben, als die adelige Obrigkeit à la Eowyn. In der Bildwelt der IB-Frauen taucht diese popkulturell inspirierte und verzerrte Vorstellung der adeligen Obrigkeit auf, weil sie selbst gerne diese Obrigkeit wären. Auch hierin zeigt sich ihr Wunsch andere zu unterdrücken, auszugrenzen und auszubeuten, um sich selbst Vorteile zu verschaffen.

Geht es gegen ausländische Männer, entwerfen die Frauen der IB das Bild der kämpferischen Boxerin. Geht es um deutsche Männer, zeichnen sie das Bild der liebenden Mutter, heimat- und naturverbunden. Das stellen sie dann als selbstgewählt hin und präsentieren es als Gegensatz zur Unterdrückung der Frauen in der muslimischen Welt. Die IB-Frauen sind für das Patriarchat ein dankbares Instrument, den Gehorsam und das Bild der ‚arischen‘ Mutter als frei gewählt zu präsentieren, indem sie Rebellion gegen das Fremde in bestimmtem Rahmen zulassen. Frei ist daran nichts, nicht einmal für weiße, reiche, deutsche Frauen mit Hang zum Faschismus. ★

Daphne Weber hält es für wahrscheinlicher, dass Eowyn bei der Antifa wäre als bei den Faschos. Sie wird Herr der Ringe unter dem Gesichtspunkt „weibliche Orks“ nochmal genau unter die Lupe nehmen.



Für das Recht auf Selbstbestimmung!

§219a verbietet Werbung für Schwangerschaftsabbrüche und beschränkt das Informationsrecht. Im Kampf um Selbstbestimmung von Frauen müssen Rollenbilder überwunden werden, meint **Friederike Benda**.

Bei den Protesten gegen §219a geht es um mehr Selbstbestimmung und die Überwindung von konservativen Rollenbildern.

Im offenen Brief von ÄrztInnen an die SPD-Bundestagsfraktion heißt es: „Für die Frauengesundheit war dies ein schwarzer Tag. Für uns alle ist eine Illusion verschwunden, mit Ihnen zusammen die Versorgungslage in Bezug auf reproduktive Rechte in der Bundesrepublik endlich zu verbessern“. Bezugs genommen wird auf das nicht vorhandene Rückgrat der SPD im Kontext der Streichung des §219a StGB. Die SPD-Fraktion plante ursprünglich ebenso wie LINKE und Grüne einen Antrag zur Streichung des Paragraphen einzubringen, machte aber für die Union einen Rückzieher. Eine parlamentarische Mehrheit und die Streichung des Straftatbestands waren zum Greifen nah.

§219a bestraft „Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft“ mit Gefängnis- oder Geldstrafe. Beim Straftatbestand handelt es sich um eine Norm aus dem Faschismus. Bekanntheit erhielt er nun, weil eine

Ärztin auf ihrer Webseite Schwangerschaftsabbrüche anbietet und im November 2017 zu einer Geldstrafe von 6.000 € verurteilt wurde. Neben zahlreichen feministischen Initiativen und Organisationen wie dem Deutschen Juristinnenbund solidarisierten sich viele mit der Ärztin Kristina Hänel und leisteten neben Öffentlichkeitsarbeit auch praktische Unterstützung. Dies war Voraussetzung für die politische Bewegung im Bundestag. Auch fordern nun fünf Landesregierungen die Abschaffung des Paragraphen.

Denunziation durch Reaktionäre

Selbsternannte LebensschützerInnen nutzen den §219a StGB, um ÄrztInnen anzuzeigen, die trotz des Verbots öffentlich Schwangerschaftsabbrüche anbieten: Die Zahl der Ermittlungsverfahren stieg zuletzt von 14 im

Jahr 2014 auf 35 im Jahr 2016. Auch Hänel wurde von christlichen FundamentalistInnen angezeigt.

Anti-Feminismus und tradierte Rollenzuschreibungen sind neben Rassismus ein weiterer gemeinsamer Nenner der neuen und alten Rechten. Im Kern geht es um Selbstbestimmung, die Stärkung der Rechte von Frauen und bezüglich §219a StGB um das Informationsrecht der Patientinnen. Alle Menschen haben formal das Recht, frei und unabhängig über ihre Körper, ihre sexuelle Identität und ihre Fortpflanzung zu entscheiden. Nun sind Recht und Realität oft nicht deckungsgleich, sondern hängen von gesellschaftspolitischen Zuständen und Entwicklungen ab. Es kommt hinzu, dass die Rechtslage durch §218ff. bereits verheerend ist.

Zudem geht es darum, ob es einem autoritären neoliberalen und rechten Block gelingt, die Deutungshoheit über Ursachen gesellschaftlicher

Schieflagen zu erlangen oder ob es gelingt, Kämpfe für Selbstbestimmung und gegen Armut in einem breiten sozialen Projekt zusammenzuführen. Die Zusammenhänge müssen dann deutlich gemacht und politisiert werden.

Herrschaft über Körper ist eine zentrale und historische Erfahrung von Frauen, die sich vielförmig ausdrückt – auch in Gesetzen. Körper von Frauen sind immer wieder Anknüpfungspunkt konservativer und fundamentalistischer Politik. Es ist eine unheilige Allianz und gefährliche Melange, die den Karren der radikalen FundamentalistInnen antreibt. Die AfD ist klarer Teil der Anti-Choice-Bewegung.

Tabuisierung ist lebensgefährlich

Es gibt keinen umfassenden Überblick, wo Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland vorgenommen werden können, dafür aber zahlreiche Barrieren für betroffene Frauen. Hinzu kommt, dass immer weniger ÄrztInnen Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Es fehlt an Nachwuchs und im Medizinstudium an der Lehre zu Methoden und Verfahren von Schwangerschaftsabbrüchen.

Die Tabuisierung und Bevormundung gefährdet Gesundheit und Leben von Frauen. Das grausame Bild des Bügels als Symbol für gefährliche selbstvorgenommene Schwangerschaftsabbrüche in einer Notsituation und ohne medizinischen Beistand darf für die Forderung nach Streichung der Straftatbestände nur als Mahnung fortbestehen, nicht als alternatives Instrument zu ärztlichen Eingriffen. ★

Friederike Benda arbeitet im Bereich Menschenrechtspolitik, begründete das Bündnis Frauenkampftag mit und denkt, dass Feminismus eine leidenschaftliche Kampfansage an alle reaktionären Verhältnisse sein muss.



ANZEIGE

Stell dir vor, es gibt BAföG und du kannst davon leben

Wer studieren will, muss das auch können – unabhängig vom Einkommen der Eltern und ohne Nächte und Wochenenden in Jobs zu schuften.

Es ist Zeit für ein BAföG, das die realen Lebenshaltungskosten Studierender abdeckt – rückzahlungsfrei und für alle offen, die es brauchen.

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

V.i.S.d.P. Sevim Dağdelen, Caren Lay, Jan Korte

„Verdammt, wenn ihr das je vergesst!“

Auch hundert Jahre nach dem Ersten Weltkrieg wird an Hochschulen für den Krieg geforscht – höchste Zeit, dass sich das ändert, findet **Tabea Hartig**.

Drohnen liefern Bilder in Echtzeit und erlauben das Töten aus weiter Entfernung.

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs war eine Zäsur in der Geschichte des weltweiten Imperialismus. Er zeigte ein völlig neues Maß an Mechanisierung und eine bis dahin unerreichte Dimension von Brutalität.

Der Grund dafür ist im Besonderen darin zu finden, dass sich bereits zu Beginn des Krieges ein zentrales strategisches Problem stellte: die Kräfteverhältnisse waren relativ ausgewogen. Stellungskriege und Grabenkämpfe mit hohen menschlichen Verlusten und kaum Raumgewinnen im Westen waren die Folge. Daraufhin wurden Strategien entwickelt, die ein hohes Maß an technischer Innovation erforderten. Angriffe wurden zu regelrechten Materialschlachten, die Taktik war geprägt von so genannten Trommelfeuern der Artillerie. Nahkampfwaffen verloren an Bedeutung, stattdessen wurden Panzer, Gewehre mit hoher Reichweite und Giftgas eingesetzt, um die gegnerischen Fronten zu durchbrechen.

Die Geburtsstunde der Massenvernichtung

Der Giftgasangriff von Ypern im Frühjahr 1915 gilt als Geburtsstunde der Massenvernichtung und Sinnbild für die besondere Grausamkeit dieses Krieges. Zwar wurden zuvor schon Gaswaffen eingesetzt, jedoch nicht in vergleichbarem Ausmaß: während des Ersten Weltkriegs kamen ca. 120.000 Tonnen Giftgas zum Einsatz, allein durch die deutsche Armee etwa 52.000.

Der Chemiker Fritz Haber trieb die Entwicklung chemischer Kampfstoffe auf deutscher Seite maßgeblich

voran. Seine Forschungen schufen auch die Grundlage zur Entwicklung des im Holocaust eingesetzten Vernichtungsgases Zyklon B. Noch im Vietnamkrieg kamen massenhaft chemische Waffen, wie Napalm oder Agent Orange, zum Einsatz. Vorherrschende Strategiekonzepte der letzten Jahrzehnte sind auf ein möglichst hohes Maß an Asymmetrie ausgerichtet: große Schäden auf der Seite des Gegners bei möglichst geringen eigenen Verlusten. Dabei spielt auch eine immer größer werdende räumliche Distanz eine große Rolle. Den vorläufigen Höhepunkt fand dies in der Entwicklung von Nuklearwaffen und Langstreckenraketen.

Drohnenkrieg zur Terrorprävention

Gegenwärtig geht es vorgeblich um den „Kampf gegen den Terror“. Das Ziel ist, Anschläge quasi schon vor ihrer Planung zu verhindern. Dabei wird die Zivilbevölkerung in ausgemachten Feindgebieten genauestens unter die Lupe genommen, katalogisiert und anschließend liquidiert. Das geschieht auf Basis von Racial Profiling, getarnt als „Lebensmusteranalyse“: potentieller Täter wird im Grunde jeder halbwegs erwachsene – oft muslimische – Mann, der Merkmale aufweist, die mit terroristischer Aktivität im Zusammenhang stehen könnten. Welche Merkmale das genau sind, bleibt allerdings geheim.

Ausgeführt werden diese Aktionen zunehmend durch bewaffnete Drohnen. Diese sammeln hochauflösendes Videomaterial, das in Echtzeit an Militärbasen übermittelt wird, wo auf dieser Grundlage schließlich der

Befehl zum Töten auf Knopfdruck gegeben werden kann. Der Rahmen, in dem Geheimdienste sich hier bewegen, lässt sich kaum noch als Grauzone bezeichnen: Drohnenangriffe in Staaten, mit denen man sich nicht im Krieg befindet, sind schlichtweg völkerrechtswidrig.

Befürworter von Drohneneinsätzen behaupten gern, dass diese geradezu humanitär seien, da sich die Zahl der Opfer sehr klein halten ließe. Dies mag zwar für die eigene Seite hinkommen – schließlich lassen sich Drohnen von sicheren Militärbasen außerhalb der Angriffsgebiete aus steuern. Für die Zivilbevölkerung ist es jedoch ziemlich egal, von welchen Waffen sie getötet wird. Derzeit wird sogar an Drohnen gearbeitet, die unabhängig von menschlichen Entscheidungen auf Basis von Computeralgorithmen angreifen – ein weiterer Schritt hin zum vollautomatisierten Massenmord.

Hochschulen als Rüstungsfabriken

Fakt ist: eine Schlüsselrolle im modernen Krieg kommt der Fähigkeit zur technischen Innovation und damit auch der Rüstungsforschung zu. Diese findet oftmals nicht nur an militärischen Institutionen, sondern ebenso an öffentlichen Hochschulen statt. Damit steht die wissenschaftliche Praxis an den Hochschulen im krassen Widerspruch dazu, wie sie eigentlich sein sollte: friedlich, gesellschaftsorientiert und unabhängig von kapitalistischen Interessen.

Einige Hochschulen in Deutschland haben Zivilklauseln in ihre Grundordnungen aufgenommen, mit de-

nen sie sich selbst verpflichten, keine Rüstungsforschung zu betreiben. Diese Hochschulen sind allerdings nach wie vor deutlich in der Minderheit. Und auch wenn eine Zivilklausel vorhanden ist, heißt das noch lange nicht, dass an der Hochschule nicht doch militärisch geforscht wird. Fehlende Transparenz, z.B. bei der Drittmittelfinanzierung, erleichtert es, die Klausel zu umgehen. Eine Zivilklausel ist wertlos, wenn die Hochschule sich nicht auch verpflichtet, die Auftraggeber der Projekte deutlich zu benennen.

Um Rüstungsforschung endgültig von den Hochschulen zu verbannen, ist eine Zivilklausel nur der erste Schritt. Langfristig muss erreicht werden, dass Rüstungsforschung an öffentlichen Hochschulen direkt durch entsprechende Gesetze unterbunden wird. Die Geschichte zeigt uns aber, wie wichtig es ist, aktiv zu werden und Zivilklauseln an der eigenen Hochschule zu erstreiten! ★

Tabea Hartig ist im SDS Leipzig aktiv und studiert nebenbei Germanistik. Sie findet, Worte sind die einzigen Waffen, die etwas an der Hochschule zu suchen haben.



ANZEIGE

Neuerscheinungen

Noam Chomsky
Zuversicht in Zeiten des Zerfalls
 Warum wir trotz Terror, Trump und Turbokapitalismus optimistisch bleiben sollten
 216 Seiten | 16 €

Noam Chomsky
 über den Zustand der Welt und Widerstand in Zeiten von Trump & Co.

Lower Class Magazine
Konkrete Utopie
 Die Berge Kurdistans und die Revolution in Rojava – Ein Reisetagebuch
 192 Seiten | 14 €

Essayistischer Reisebericht, politische Reflexionen, Analysen und Vor-Ort-Interviews

UNRAST Verlag
www.unrast-verlag.de

Der Imperialismus kennt keinen Frieden

Warum PESCO nur ein Höhepunkt langer Entwicklungen und die EU kein Friedensprojekt ist, erklärt Hana.



PESCO führt zu mehr Aufrüstung und Kriegsforschung sowie zu einer Armee ohne parlamentarische Kontrolle.

Am 14. Dezember 2017 beschlossen 25 EU-Staaten eine vertiefte militärische Zusammenarbeit. In den PESCO-Verträgen (PERMANENT EUROPEAN STRUCTURED COOPERATION) sollen Rüstungsgüter nicht mehr auf nationaler Ebene beschlossen werden. Stattdessen sollen „Großbestellungen von Rüstungsmaterial“ getätigt werden, vermeintlich um Kosten einzusparen. Damit könnte nicht nur die Transparenz über Rüstungsaufträge eingeschränkt, sondern auch Kompetenzen nationaler Parlamente umgangen werden. Zudem wurden 17 Startprojekte beschlossen, u.a. „die Vernetzung logistischer Drehscheiben und eine Verbesserung des europäischen Krisenmanagements“. In vieren übernimmt Deutschland die führende Rolle. Auch wurde reale Aufrüstung beschlossen, verpflichtend für Vertragsmitglieder. Dieses neue Stadium der Militarisie-

rung ist verheerend, aber nur Höhepunkt langer Entwicklungen.

Märchen eines friedlichen Europa

Der Frieden in Europa nach dem 2. Weltkrieg wurde durch die Entwaffnung von Deutschland und Italien erreicht. Durch Demontage und Demilitarisierung wurde Deutschland gezwungen seine Rüstung zu stoppen und Rüstungsanlagen abzubauen. Auf die Einbindung Deutschlands in die WESTEUROPÄISCHE UNION (WEU), Vorläuferorganisation der EU und Militärbündnis, welches sich gegen die „Gefahr des Kommunismus“ formierte, folgte die Wiederbewaffnung ab 1955. Das Märchen, Vorgänger der EU wollten den Frieden wahren, hält sich bis heute.

Dass die Anfänge der europäischen

Integration auch militärischer Natur waren, beweist der Versuch der Europäischen Verteidigungsunion 1954. Aber auch die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1951 hatte nicht nur wirtschaftliche Zwecke. Die Rüstungsproduktion lag am Boden. Die Produktion der für die Rüstung wichtigen Industrien sollte schnell gesteigert werden.

1981 machte Deutschland den Vorschlag, militärpolitische Fragen in die Zuständigkeit der Europäischen Politischen Zusammenarbeit aufzunehmen. Die Schaffung eines Rates der Verteidigungsminister wurde jedoch auf Widerstand von Dänemark, Griechenland und Irland verworfen. Auch Frankreich ist kein Kind des Friedens. 1984 wurde auf Vorstoß Frankreichs in der WEU ein Institut für Strategische Studien gegründet und ein Rat der Verteidigungsminister installiert. Im selben Jahr

beschloss der Ministerrat der WEU eine „Plattform für europäische Sicherheitsinteressen“, worin er sich zur Abschreckungsstrategie und den Atomwaffen Großbritanniens und Frankreichs bekannte. Zudem wurde ein deutsch-französischer „Sicherheits- und Verteidigungsrat“ einberufen, der eine europäische Militärstrategie ausarbeiten sollte und deutsch-französische Brigaden sowie Militärmanöver und Rüstungsprojekte beschlossen.

Wende ... leider nicht zum Frieden

Mit Zusammenbruch des Sozialismus veränderte sich auch die Sicherheitspolitik der Europäischen Gemeinschaft. Anders als erwartet, führte das Ende der Systemkonkurrenz nicht zur Entmilitarisierung und Frieden. 2001 entstand die Gemeinsame SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK. Dabei legte der Ministerrat ein Verfahren fest, um schnellen Zugriff auf die Haushaltsmittel in der Außen- und Verteidigungspolitik zu erhalten. Das ist intransparent. Die Rolle des europäischen Parlamentes ist bescheiden, sie beschränkt sich auf Informationsweitergabe und Anhörung. Im Zuge dieser Entwicklungen entstanden EU-Kampftruppen mit einer Stärke von 1500 SoldatInnen.

In Zeiten militärischer Aufrüstung bleibt Friedensengagement zentraler Bestandteil progressiver Politik. Das Bündnis ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN sammelt Unterschriften. Doch es darf nicht bleiben bei Kritik an Deutschlands Aufrüstung im Rahmen der NATO. Auch die EU muss als Teil der Aufrüstung kritisiert und abgelehnt werden. ★



Hana studiert Politikwissenschaft und Geschichte an der Goethe-Universität Frankfurt.

ANZEIGE

PapyRossa Verlag | www.papyrossa.de

Basiswissen – kompakt, prägnant und kritisch



Glenn Jäger
IN DEN SAND GESETZT
Katar, die FIFA und die Fußball-WM 2022
311 Seiten | € 16,90
ISBN 978-3-89438-662-7

Katar pflegt beste Kontakte zu Lichtgestalten aus Fußball, Wirtschaft und Politik. Im Westen verspricht eine WM am Golf Großaufträge – bei

profitablen Arbeitsbedingungen. Glenn Jäger fragt nach Hintergründen einer »gekauften WM« und nach Möglichkeiten, wie die FIFA an die Leine zu nehmen ist.



Georg Auernheimer
WIE FLÜCHTLINGE GEMACHT WERDEN
Über Fluchtursachen und Fluchtverursacher
287 Seiten | € 17,90
ISBN 978-3-89438-661-0

Das Buch geht sozialen wie ökologischen Verwüstungen und einer Kultur der Gewalt nach. Ja, Fluchtursachen müssen bekämpft werden, so Auernheimer. Als Verursacher nennt er u. a. den entfesselten Kapitalismus, Kriege und neokoloniale Herrschaftssicherung.



Wulf D. Hund
RASSISMUS UND ANTIRASSISMUS
Basiswissen
143 Seiten | € 9,90
ISBN 978-3-89438-666-5

Wulf D. Hund verdeutlicht, warum Rassismus als soziales Verhältnis begriffen werden muss, zeigt die Spielarten des Rassismus in der Geschichte

und behandelt dessen antisemitische, antimuslimische, antislawische, antiziganistische, koloniale und eugenische Varianten. Und er skizziert Perspektiven des Antirassismus.

Craft-Beer CREDIT POINTS Callcenter

**Leben
trotz
Studium?!
Die Serie
ab 25.4.**

**Jetzt kostenlos lesen: dasND.de/probieren
Telefon: 030/29781800**

neues deutschland
SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

nd

Semestertermine



7.-9. Dezember | FU Berlin

Kongress 68/18 – Geschichte wird gemacht

Zum 50-jährigen Jubiläum der Studierendenproteste von 1968 veranstaltet Die Linke.SDS einen bundesweiten Kongress unter dem Slogan „68/18 - Geschichte wird gemacht“. Damit wollen wir an die progressive Kraft dieser Zeit erinnern und zugleich kritisch und praktisch daran anknüpfen. Wir wollen die bis in die heutige Zeit wirkenden Folgen der damaligen Auseinandersetzungen diskutieren und politische Alternativen zu den Angriffen formulieren, die heute gegen diese Errungenschaften gefahren werden. Was und wie lässt sich aus der Geschichte lernen, und vor allem: wie sieht ein neues 68 aus?

Neben mehr als 100 Veranstaltungen zu unterschiedlichsten Themengebieten wie „Internationalismus und Antiimperialismus“, „Queerpolitics“, „Frauen*bewegung“, „Kritische Theorie und Marxismus“ und „Ökologie“ wird es ebenfalls Praxis-Workshops, Lesungen und ein spannendes Kinoprogramm geben.

Mit diesem breiten Angebot hoffen wir, die Diskussion um ein neues 68 mit vielen Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen zusammenführen zu können. Gemeinsam wollen wir über eine neue „konkrete Utopie“ diskutieren, die sich – wie es die 68er gezeigt haben – im politischen, kulturellen und sozialen Leben ausdrücken lässt.

Save the date!

Wann: 7.-9. Dezember 2018

Wo: Freie Universität zu Berlin

Mehr Infos unter: www.geschichtewirdgemacht.de



6.-7. Oktober | Lund

3. Internationale Marxismus-Feminismus-Konferenz

Vom 6. - 7. Oktober 2018 findet die 3. Internationale Marxismus-Feminismus-Konferenz in Lund statt. Zum Motto „Transforming our lives. Transforming the world“ kommen Aktive aus der ganzen Welt zusammen, um Theorien und praktische Kämpfe zu diskutieren und sich zu vernetzen. Alle am marxistischen Feminismus Interessierten sind herzlich eingeladen.

Mehr Infos: <https://marxfemconference.net/>

DIE LINKE.SDS

WER WIR SIND UND WAS WIR MACHEN

Die Linke.SDS – kurz für Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband – ist der einzige bundesweit aktive sozialistische Studierendenverband. Der SDS steht der Partei DIE LINKE nahe und setzt sich für eine kämpferische und sozialistische LINKE ein. Wir verstehen uns als Teil einer breiten linken Bewegung.

Die Linke.SDS streitet für bessere Studienbedingungen an den Hochschulen und sieht dies als Teil einer umfassenden gesellschaftlichen Auseinandersetzung gegen den marktradikalen und antidemokratischen Umbau der Gesellschaft, gegen Sozialabbau, gegen Ausgrenzung und Diskriminierung aller Art, gegen Krieg und Umweltzerstörung.

In unserem Selbstverständnis heißt es: „Der Kapitalismus ist für uns nicht das Ende der Geschichte. Wir stehen ein für die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und stellen ihr unsere handlungsbestimmende Perspektive einer sozialistischen Gesellschaft entgegen.“

LOKAL VERANKERT...

SDS-Gruppen gibt es bundesweit an ca. 60 Hochschulen. In den Hochschulgruppen wird ein großer Teil der Arbeit gemacht. Ob Lesekreise zu sozialistischen Klassikern oder aktuellen Büchern, Organisation politischer Bildungsveranstaltungen, Arbeit in den Unigremien, Unterstützung von Geflüchteten oder Anti-Nazi- und Anti-AfD-Protesten: die Bereiche und Aktionen der lokalen Gruppen sind vielfältig.

...UND BUNDESWEIT AKTIV.

Der SDS ist keine Ansammlung autonomer Kleingruppen, sondern ein bundesweiter Akteur. Durch unsere handlungsfähige Bundesstruktur können wir aktiv in das politische Geschehen eingreifen. Wir haben das Frauen*kampftag-Bündnis mit initiiert und auch bei den G20-Protesten eine wichtige Rolle gespielt und beteiligen uns zurzeit an der Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“. Bundesweite Aktivität erschöpft sich bei uns aber nicht darin, ein paar Demos mitzugestalten. Anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der 68er-Bewegung organisieren wir derzeit einen großen Kongress, der mit vielen Veranstaltungen und einem spannenden thematischen Kulturprogramm die öffentliche Debatte um die Studierendenbewegung der 68er bereichern soll. Auf unserer jährlichen Sommerakademie diskutieren wir gemeinsam und bilden uns weiter. Darüber hinaus hat der SDS mehrere Arbeitskreise, in denen wir uns vertieft mit einem bestimmten Thema auseinandersetzen. Ob zu Feminismus, Hochschulpolitik oder dem Kampf gegen die AfD: In vielen Bereichen diskutieren und entwickeln wir Alternativen. Das Produkt eines Arbeitskreises hältst du gerade in der Hand: die critica. Insgesamt gibt es derzeit vier Bundesarbeitskreise (BAKs) im SDS:

- **BAK SOZIALISTISCHER FEMINISMUS**
- **BAK HOCHSCHULPOLITIK**
- **BAK POLITISCHE BILDUNG**
- **CRITICA-REDAKTION**

AKTIV WERDEN!

Die Welt verändert sich nicht von allein. Eine bessere Gesellschaft braucht Menschen, die sich mit Begeisterung dafür engagieren. Support your local SDS!

SO ERREICHST DU UNS:
WWW.LINKE-SDS.ORG
INFO@LINKE-SDS.ORG
030/24009134

utopica

Sommersemester 2028

Politik
Kostenloser ÖPNV
bundesweit umgesetzt

Gewerkschaft
Landesweit Einheitstarif
für Studentische
Hilfskräfte

EM 2028
Katalonien qualifiziert,
England raus

**GROSSES
UTOPICA
GEWINNSPIEL:**

Gewinne eine von
100 Reisen in den
neuen BER-Freizeitpark

Nach Unruhen in München

König Horst I. weiterhin auf der Flucht



Seit über einem Monat protestieren tausende Menschen gegen die Abschottungspolitik von König Horst I.

König Horst I. von Bayern ist seit keiner Woche auf der Flucht. Zahlreiche Länder, u.a. Österreich, Tschechien und Deutschland verweigerten ihm, mit Verweis auf Gefährdung der öffentlichen Ordnung, die Einreise. Sein Verbleib ist unbekannt. Ein internationaler Haftbefehl der neuen bayrischen Regierung liegt vor. Seine Herrschaft begann nach Scheitern der GroKo in Berlin 2020. Damals kehrte er aus Berlin zurück. In München waren nach Insolvenz von BMW chaotische Zustände ausgebrochen. Hunderttausend Beschäftigte der Au-

tomobil- und Zulieferindustrie gingen für Erhalt ihrer Arbeitsplätze auf die Straße. Nachdem wochenlange Streiks zu großen Produktionseinbrüchen in der Wirtschaft führten, sah sich Ministerpräsident Söder gezwungen, Gebirgsjäger aus Sonthofen gegen die Demonstrierenden einzusetzen. Als der erste Schuß gefallen war, empörte sich die Bevölkerung gegen den tyrannischen Ministerpräsidenten. Horst I. stellte sich an die Spitze der Anti-Söder-Bewegung. Mit seinem „Bayernplan“ versprach er Wohlstand und Arbeitsplätze für alle durch Pro-

tektionismus, Schließung der Grenzen und Abspaltung vom, so Horst, „links-grün-versifften Restdeutschland“.

Ein Jahr später krönte er sich zum König. Allerdings führte die Abschottungspolitik zu einem Niedergang von Tourismus und Industrie. Es kam zu Hungerrevolten in Franken. Als Horst I. vor einem Monat plante, Bayern entgültig durch den Bau einer Mauer abzuschotten, brachen in München Aufstände los.

Ramstein schließt

Im Zuge der Ratifizierung der UN-Resolution durch Deutschland gegen militärischen Drohneneinsatz muss der Stützpunkt in Ramstein geschlossen werden. Während die US-Soldaten in ihre Heimat zurückkehren, plant die Band Rammstein ihr erstes Konzert. Frontsänger Till Lindemann möchte gerne mit den Drohnen schwarzes Konfetti auf das Publikum werfen.

Führungswechsel in Birgitte-Redaktion:

Statt Dating-Tipps, Schmink-Anleitungen und Wellness-Empfehlungen nun Aufklärungstexte zu Themen wie soziale Folgen der Abtreibung, Menstruationsschmerzen im Arbeitsleben sowie zum Aufbau von Volksküchen. In der nächsten Ausgabe soll es unter anderem um selbstverwaltete Kindertagesstätten und Erziehung zur Autonomie gehen.

Career Center leer

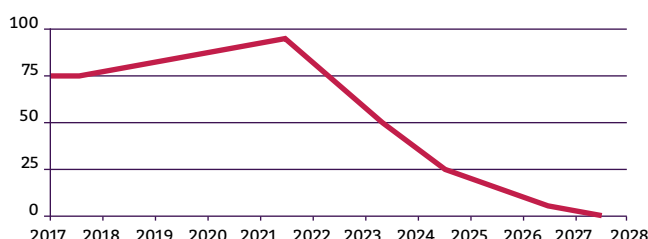
Die Entprekariisierung von Studium und Arbeitsleben zeigt Wirkung. Kein Student will mehr seine Freizeit in Zeitmanagement-Workshops und ähnlichem vergeuden. Die Angestellten der Center nehmen es gelassen, denn dank solidarischer Grundsicherung gestaltet sich die Jobsuche angstfrei.

Neues Hochschulgesetz

Bundesweite Standards beschlossen zu Zivilklausel, Gleichberechtigung der Universitätsmitglieder, Minimierung des Pflichtstudiums, Abschaffung des Numerus Clausus und vollständige staatliche Finanzierung. Leipzigs HoPo-Referent Danilo S.: „Endlich kann ich so studieren, wie ich will! Jetzt habe ich auch Bock!“

Lage der Studierenden entspannt sich

%-Anteil der Studis, die neben dem Studium Arbeiten müssen



Die Reformen zeigen Wirkung: Seit Abwahl der Großen Koalition sind die Zahlen der zum Nebenerwerb gezwungenen Studierenden stark rückläufig. Das zwanglose Studium ist seit diesem Jahr vollständig durchgesetzt.



1968 - 2028